

Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Born SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Standortsuche Tesla-Großfabrik

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat sich die Landesregierung bei der Standortsuche für die neue Tesla-Großfabrik für die Vergabe an einen Standort in Baden-Württemberg eingesetzt und wenn ja, wie?
2. Welche Standorte in Deutschland standen nach Kenntnis der Landesregierung zur Auswahl?
3. Welche Standorte in Baden-Württemberg standen nach Kenntnis der Landesregierung zur Auswahl?
4. Liegen ihr Erkenntnisse vor, warum die Wahl nicht auf einen baden-württembergischen Standort fiel bzw., falls kein baden-württembergischer Standort zur Auswahl stand, warum dies so war?
5. Ist ihr bekannt, ob die Grenznähe zu Frankreich in Bezug auf baden-württembergische Standorte eine Rolle spielte, da dies im Zusammenhang mit einem möglichen Standort im Saarland diskutiert wurde?
6. Wie sieht die Landesregierung die weitere Entwicklung des Automobilstandorts Baden-Württemberg nach der Tesla-Entscheidung?

15. 11. 2019

Born SPD

Begründung

Wie am 12. November 2019 von Tesla-Konzernchef Elon Musk bekannt gegeben wurde, wird im brandenburgischen Grünheide eine neue Tesla-Großfabrik entstehen. Bis zu 10.000 Arbeitsplätze im Bereich der Batterieproduktion und E-Mobilität werden dort geschaffen. Diese Kleine Anfrage soll klären, welche Rolle baden-württembergische Standorte bei der Auswahl gespielt haben und wie sich die Landesregierung für diese eingesetzt hat.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2019 Nr. 44-431/Tesla Motors beantwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Hat sich die Landesregierung bei der Standortsuche für die neue Tesla-Großfabrik für die Vergabe an einen Standort in Baden-Württemberg eingesetzt und wenn ja, wie?*
- 2. Welche Standorte in Deutschland standen nach Kenntnis der Landesregierung zur Auswahl?*
- 3. Welche Standorte in Baden-Württemberg standen nach Kenntnis der Landesregierung zur Auswahl?*

Zu 1. bis 3.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen zu den Ziffern 1 bis 3 gemeinsam beantwortet.

Anfang Juli 2019 kam Tesla mit einer Standortanfrage für eine Automobilproduktion (Montagewerk) in Baden-Württemberg auf die Landesagentur Baden-Württemberg International zu. In einer gemeinsamen Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mit dem Staatsministerium und Baden-Württemberg International wurde dem Unternehmen ein Standort im badischen Lahr angeboten; dabei handelte es sich um eine Fläche neben dem Lahrer Flughafen-gelände. Die Landesregierung hatte bereits im Sommer 2018 gegenüber Tesla ihr Interesse an einer Ansiedlung des Unternehmens in Baden-Württemberg bekundet und in einem ausführlichen Exposé an Tesla auf die Standortvorteile des Landes hingewiesen.

Presseberichten zu Folge haben mehrere Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz ebenfalls öffentlich ihr Interesse bekundet. Ob und mit welchen Standorten diese Bundesländer dann gegenüber Tesla konkret geworben haben, ist der Landesregierung nicht bekannt.

- 4. Liegen ihr Erkenntnisse vor, warum die Wahl nicht auf einen baden-württembergischen Standort fiel bzw., falls kein baden-württembergischer Standort zur Auswahl stand, warum dies so war?*

Zu 4.:

Die Tesla Germany GmbH teilte am 7. November 2019 dem Amtschef des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau telefonisch mit, dass der von Baden-Württemberg vorgeschlagene Standort für eine Automobilproduktion aktuell nicht berücksichtigt werde. Entscheidend sei hierfür gewesen, dass die vorgeschlagenen Flächen für die erweiterte Flächennachfrage von Tesla nicht ausreichend gewesen seien. Nach Presseberichten kann Tesla in Brandenburg mit 300 Mio. Euro EU-Zuschüssen rechnen. Da Baden-Württemberg keine strukturschwachen Gebiete aufweist, ist es nach EU-Beihilferecht hierzulande nicht möglich, Unternehmen in dieser Größenordnung direkt zu fördern.

5. Ist ihr bekannt, ob die Grenznähe zu Frankreich in Bezug auf baden-württembergische Standorte eine Rolle spielte, da dies im Zusammenhang mit einem möglichen Standort im Saarland diskutiert wurde?

Zu 5.:

Im Zusammenhang mit einer möglichen Ansiedlung einer Batterieproduktion von Tesla wurde in den Medien im Sommer 2018 auch über ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden von Tesla, Elon Musk, und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron berichtet, ein deutsch-französisches Projekt zur Batterieproduktion und zur Automobilproduktion initiieren zu wollen. Laut Tweet vom 19. Juni 2018 hatte ein Vertreter der Tesla Germany GmbH einen Standort „möglicherweise an der deutsch-französischen Grenze nahe den Benelux-Ländern“ thematisiert. Welche Bedeutung diesem Umstand im Entscheidungsprozess zukam, ist der Landesregierung nicht bekannt. Der vonseiten der Landesregierung vorgeschlagene Standort Lahr hätte dieses Kriterium erfüllt.

6. Wie sieht die Landesregierung die weitere Entwicklung des Automobilstandorts Baden-Württemberg nach der Tesla-Entscheidung?

Zu 6.:

Die Automobilindustrie erlebt aktuell eine deutliche Beschleunigung im Wandel der Mobilität und der damit verbundenen Transformation. Die zunehmende Dynamik wird überlagert von schwelenden Handelskonflikten und schwierigen volkswirtschaftlichen Bedingungen auf wichtigen Märkten. Diese Gemengelage stellt Fahrzeughersteller, Zulieferer und Fabrikaurüster aktuell vor große Herausforderungen. Die Branche reagiert mit entsprechenden Sparmaßnahmen, gleichzeitig aber auch mit wichtigen Zukunftsinvestitionen. Baden-Württemberg ist als bedeutender Automobilstandort mit qualifizierten Fachkräften und einer hervorragenden Forschungsinfrastruktur prädestiniert für den Aufbau von Zukunftstechnologien im Automobilbereich und setzt diesen bereits mit Hochdruck um. Bereits heute stellen Zulieferer aus Baden-Württemberg wesentliche Komponenten auch für internationale Fahrzeughersteller wie beispielsweise Tesla bereit. Der Wertschöpfungsanteil baden-württembergischer Unternehmen wird erwartungsgemäß auch bei diesen Fahrzeugen einen signifikanten Anteil ausmachen. Unter dem Dach des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW gestaltet die Landesregierung gemeinsam u. a. mit der Wirtschaft und Wissenschaft sowie unter Beteiligung der Zivilgesellschaft den Transformationsprozess in der Automobilwirtschaft. Dazu setzen wir ganz konkrete Maßnahmen wie z. B. die Realisierung eines flächendeckenden Sicherheitsladenetzes für Elektrofahrzeuge (SAFE) oder die Förderung von alternativen Antriebstechnologien bei der Batteriezellforschung, Wasserstofftechnologie oder den synthetischen Kraftstoffen um. Das Ziel der Landesregierung ist es, mit dem Strategiedialog die Rahmenbedingungen für das Automobilcluster in Baden-Württemberg so zu setzen, dass Innovationen und neue Geschäftsmodelle in unserem Land entwickelt und zur Serienreife gebracht werden.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau